



Gemeinde Walzbachtal
Herrn Bürgermeister Karl-Heinz Burgey

25.11.2015

Anträge der SPD-Fraktion zur Haushaltsklausur 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Burgey,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,

nachdem insgesamt 9 unserer Anträge vom 03.11.2015 bereits in der Haushaltsklausur geklärt wurden, verbleiben die noch folgenden Anträge.

Hinweis: Bei einigen Punkten wurden Erläuterungen hinzugefügt, die zum Teil auch von der Verwaltung gewünscht waren. Zur besseren Unterscheidung des alten und neuen Teils haben wir diese zusätzlichen Erläuterungen kursiv geschrieben und Anträge, die sich durch die Haushaltsklausur erledigt haben, formal durchgestrichen.

1. Verkauf des gemeindeeigenen Grundstücks Bollanden:
Das gemeindeeigene Grundstück Bollanden sollte umgehend an einen Investor zum Zwecke der Wohnbebauung verkauft werden. Hier handelt es sich um ein hochwertiges Gelände, für das in Anbetracht des angespannten Walzbachtaler Haushalts erhebliche Einnahmen erzielt werden können (siehe den SPD-Antrag zur Haushaltsklausur 2014, in dem wir diese Forderung schon formuliert hatten). Der SPD-Fraktion ist bewusst, dass die Gemeinde gefordert ist, weitere Grundstücke für Anschlussunterkünfte bereit zu stellen; unseres Erachtens sollten hier aber Grundstücke gewählt werden, für die auf dem Wohnungsmarkt nicht so hohe Einnahmen erzielt werden können. Ursprünglich war auf dem Grundstück der Kindergarten Regenbogen geplant. Nachdem der Gemeinderat das zentral gelegene private Grundstück in der Ladestraße präferiert hat, sollte der Verkauf des Grundstücks Bollanden die Kosten für den Erwerb des Geländes in der Ladestraße ausgleichen.

Die Art der baulichen Nutzung, die zukünftig dort stattfinden soll, sollte der umgebenden Bebauung, die bezüglich der Art der baulichen Nutzung als allgemeines Wohngebiet einzustufen ist, entsprechen. Der Verkaufspreis sollte den Bodenrichtwert für die angrenzenden Grundstücke (260 €/m²) nicht unterschreiten. Bei einem öffentlichen Interesse am künftigen Zweck der Bebauung kann unseres Erachtens auf eine öffentliche Ausschreibung und Verkauf an den Meistbietenden verzichtet werden, der Bodenrichtwert sollte aber mindestens eingehalten werden.

Wir sind mit dem Vorschlag der Verwaltung, diesen Punkt im Gemeinderat als gesonderten TOP zu behandeln, einverstanden.

2. Abrechnung Kindergarten Regenbogen:

Nach Abschluss des Bauvorhabens Kindergarten Regenbogen bitten wir um die Vorlage der kompletten Abrechnung einschließlich der Außenanlagen, des Straßenbaus, des Grundstückserwerbs und der Photovoltaikanlage.

Wir sind mit dem Vorschlag der Verwaltung, diesen Punkt im Gemeinderat zu behandeln, sobald die Abrechnung aller Gewerke vorliegt, einverstanden.

3. Einführung einer Pferdesteuer:

Nach einem aktuellen Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 18.08.2015 (Az. 9 BN 2.15) dürfen Gemeinden auf das Halten und das entgeltliche Benutzen von Pferden für den persönlichen Lebensbedarf eine Pferdesteuer als zulässig örtliche Aufwandsteuer erheben. Das Halten und die entgeltliche Benutzung „zur Freizeitgestaltung“ geht - vergleichbar mit der Hundehaltung - über die Befriedigung des allgemeinen Lebensbedarfs hinaus und erfordert von der Gemeinde doch erhebliche Kosten wie die Wiederherstellung der Reitwege. Eine Pferdesteuer soll daher eingeführt werden.

Wir sind mit dem Vorschlag der Verwaltung, diesen Punkt im Gemeinderat als gesonderten TOP zu behandeln, einverstanden.

4. Einhaltung der Kostenobergrenze beim Rathaus und fehlende Information:

In unserem SPD-Antrag vom 30.09.2014 haben wir eine monatliche Information zum Planungsstand und zur aktuellen Kostenentwicklung beim Neubau des Rathauses gefordert. Begründet haben wir das damit, dass nach der Kostensteigerung von 6,2 Millionen Euro auf fast 6,9 Millionen Euro eine weitere Kostensteigerung im Hinblick auf die Pflichtaufgaben der Gemeinde nicht mehr tragbar sei. Durch eine erhöhte Überwachung der Kostenabrechnung sollte vermieden werden, dass der Rathausneubau die Grenze von 7 Mio. Euro übersteigt.

Bei der öffentlichen Bürgerversammlung mussten wir erfahren, dass eine neue Kostenschätzung für das Rathaus über 7,27 Mio. Euro vorliegt. Wir bitten um Aufklärung, wie es zu dieser Kostensteigerung kommen kann und wir im Vorfeld nicht informiert wurden. Wir bitten, künftige Ausgaben auf das Notwendigste zu reduzieren, damit die Kostenobergrenze von 7 Mio. Euro eingehalten wird.

Unserer Bitte nach Aufklärung ist die Verwaltung während der Haushaltsklausur umfänglich nachgekommen. Ein gesonderter TOP bezüglich des weiteren Vorgehens ist unseres Erachtens daher nicht notwendig.

Wir bitten die Verwaltung weiterhin, unseren Antrag vom 30.09.2014 zu beachten und monatlich den Gemeinderat über die aktuelle Kostenentwicklung beim Neubau des Rathauses zu informieren. Diese Feststellung kann auch unter „Bekanntmachung“ erfolgen und bedarf nicht eines formalen Tagesordnungspunkts zum Rathaus.

~~5. Personalkosten Kinderbetreuung:~~

Dieser Antrag wurde in der Haushaltsklausur geklärt.

6. Essenspreise Kinderbetreuung:

Wir bitten um Überprüfung der Essenspreise bei der Kinderbetreuung, insbesondere um

- Überprüfung der Preise für das Mittagessen
- Kostenvergleich zwischen gekauftem und selbst zubereitetem Essen
- Kalkulation der Preise für das Frühstücksbuffet (einschl. Personalkosten)

Wir sind mit dem Vorschlag der Verwaltung, diesen Punkt im Gemeinderat als gesonderten TOP im Frühjahr zu behandeln, einverstanden.

7. Sanierung Kindergarten St. Elisabeth:

Es muss ein Ansatz für die Sanierung des katholischen Kindergartens in Jöhlingen im Haushalt eingestellt werden. Die Kirchengemeinde muss erkennen können, dass die Gemeinde gewillt ist, auch diesen Kindergarten zu sanieren.

Wir sind mit der Verabredung, die in der Haushaltsklausur getroffen wurde, nämlich gemeinsam mit der katholischen Kirchengemeinde hier eine Lösung zu erarbeiten, einverstanden.

8. Haushaltskonsolidierung:

In der Genehmigung des Landratsamts für den Haushalt 2015 wurde die Gemeinde dringend aufgefordert, auf eine Stärkung der Leistungskraft des Verwaltungshaushalts hinzuwirken. Wir beantragen daher bei der Verwaltung, baldmöglichst einen Haushaltskonsolidierungsprozess einzuleiten. Dazu bedarf es keiner externen Fachkraft. Die gesamte Mitarbeiterschaft ist aufgrund ihres detaillierten Fachwissens in den Prozess einzubinden (vergleiche die aktuelle Haushaltskonsolidierung bei der Stadtverwaltung Karlsruhe).

Ziel des Antrags ist es, auch die Mitarbeiterschaft nach möglichen Einsparvorschlägen zu befragen. Wir möchten betonen, dass es hier nicht um Personaleinsparung geht und die Personalkosten überhaupt nicht in Frage gestellt werden. Es geht uns vielmehr allein um Überprüfung von Transferaufwendungen und Nennung von Einsparpotentialen bei den Sachkosten usw. aus Sicht der Mitarbeiter. Die Beschäftigten sind in ihrem Bereich die besten Experten, Aufgaben und Organisation kritisch zu durchleuchten, um Ansatzpunkte für Einsparungen zu entwickeln.

Den Finanzausschuss einzuberufen ist aus unserer Sicht nicht notwendig.

9. Zebrastreifen beim Pennymarkt:

Wir bitten um Prüfung, ob beim Pennymarkt in Jöhlingen ein Zebrastreifen erneut beantragt werden kann.

Wir können uns vorstellen, dass nach der Verlegung des Ortsschildes hier eine andere Sachlage bestehen kann als zum Zeitpunkt des letzten Antrags im Rahmen einer Verkehrsschau (siehe auch Antrag auf Erstellung von Garagen

in der der Penny gegenüberliegenden Reihenhauszeile.) Der Zebrastreifen wäre bei der schon vorhandenen Querungshilfe anzubringen.

10. Überarbeitung der Ehrenordnung:

Die Ehrenordnung der Gemeinde Walzbachtal muss überarbeitet werden, insbesondere auch hinsichtlich der Würdigung von musikalischen Erfolgen, für die derzeit eine hohe Hürde (mindestens Erfolge auf Landesebene) zu überwinden ist. Sie ist hier den sportlichen Erfolgen (mindestens Kreismeisterschaft) anzupassen. Gleichzeitig sollte das Engagement von Ehrenamtlichen für die Pflege von Personen gewürdigt werden.

Wir sind mit dem Vorschlag der Verwaltung, diesen Punkt im Gemeinderat nach einer Überarbeitung durch die Verwaltung zu behandeln, einverstanden.

11. ~~Einhaltung der Hauptsatzung:~~

Dieser Antrag wurde in der Haushaltsklausur geklärt.

12. ~~Mitteilung an Gemeinderat bei Entscheidungen des Landratsamts:~~

Dieser Antrag wird nach den Ausführungen der Verwaltung während der Haushaltsklausur nicht mehr gestellt.

13. Wohnungsbaugesellschaft:

In Anbetracht der vielen Wohnungen, die in naher Zukunft für Flüchtlinge gebaut werden müssen, aber auch in Anbetracht der fehlenden Wohnungen im sozialen Wohnungsbau, die in Walzbachtal dringend benötigt werden, bitten wir um Prüfung, ob die Gemeinde eine gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft gründen oder sich einer Gesellschaft, die möglicherweise im Landkreis entstehen wird oder mittlerweile schon entstanden ist, anschließen sollte.

Wir sind mit dem Vorschlag der Verwaltung, diesen Punkt im Gemeinderat als gesonderten TOP zu behandeln, einverstanden.

14. Ökologisches Ausgleichskonto:

Das ökologische Ausgleichskonto sollte aktualisiert und dem Gemeinderat bekannt gegeben werden.

Wir sind mit dem Vorschlag der Verwaltung, diesen Punkt im Gemeinderat als gesonderten TOP zu behandeln, einverstanden.

15. ~~Einrichtung eines Wochenmarkts in Wössingen:~~

Dieser Antrag wird nach den Ausführungen der Verwaltung während der Haushaltsklausur nicht mehr gestellt.

16. ~~Beleuchtung der Friedhöfe:~~

Dieser Antrag wird nach den Ausführungen der Verwaltung während der Haushaltsklausur nicht mehr gestellt.

Nach der Begehung des Gemeinderats am 30.10.2015 haben sich für uns noch folgende Punkte ergeben:

17. Doppelnutzung von Räumen bei der Hausaufgabenbetreuung im Hort:
Die SPD-Fraktion erkennt den höheren Raumbedarf des Horts an; wir sind aber der Auffassung, dass der Hort die am Nachmittag leerstehenden Schulräume für die Hausaufgabenbetreuung nutzen kann.

Zusätzlich möchten wir anführen, dass die Einrichtung der Verwaltungsstelle im Erdgeschoss des Alten Schulhauses nochmals geprüft werden sollte. Wir können uns vorstellen, dass der Vorschlag der Verwaltung vom Frühjahr 2015 trotz der möglichen mittelfristigen Einrichtung eines Kindergartens dort zusätzlich möglich wäre, um eine barrierefreie Verwaltungsstelle zu schaffen, die auch den geltenden Brandschutzbestimmungen entspricht.

Wir sind mit dem Vorschlag der Verwaltung, diesen Punkt im Gemeinderat als gesonderten TOP zu behandeln, einverstanden.

- ~~18. Neue Kindergartengruppe(n) in Jöhlingen:
Dieser Antrag wurde in der Haushaltsklausur geklärt.~~

- ~~19. Ausschreibung der Gewerke für die AU beim Bahnhof Jöhlingen:
Dieser Antrag wurde in der Haushaltsklausur geklärt.~~

Aus dem Antrag der SPD-Fraktion zur Haushaltsklausur 2014 wurden die folgenden Themen noch nicht abschließend behandelt, weshalb wir sie hier wiederholen. Es sind auch die Anträge aufgelistet, die die SPD-Fraktion im Laufe des Jahres 2015 gestellt hat und die noch nicht berücksichtigt wurden:

20. Tempo 30 auf der Jöhlinger Straße und Einrichtung eines Radweges

Hier wollen wir aufgrund der Haushaltslage keine bauliche Veränderung der Jöhlinger Straße. Nachdem Verkehrsminister Dobrindt aber vor einigen Monaten die Einrichtung von 30er Zonen in Hauptstraßen propagiert hat, können wir uns vorstellen, dass hier keine hohen Hürden mehr bestehen (siehe z.Bsp. www.spiegel.de/auto/aktuell/tempo-30-soll-in-staedten-neue-regelgeschwindigkeit-werden-a-1028811.html). Für einen Radweg an der Hauptstraße ist zu prüfen, ob eine Fahrbahnmarkierung (weißer Strich) genügen würde.

Wir sind mit dem Vorschlag der Verwaltung, diesen Punkt im Gemeinderat als gesonderten TOP zu behandeln, einverstanden. Eine Verkehrsplanung zu beauftragen ist aber von unserer Seite ausdrücklich nicht gewünscht; vielmehr sollen einfache Maßnahmen zum Einsatz kommen.

21. Vorlage eines touristischen Gesamtkonzepts

Wir sind mit dem Vorschlag der Verwaltung, diesen Punkt im Gemeinderat als gesonderten TOP zu behandeln, einverstanden.

22. Jährliches Gespräch mit Jugendlichen

23. Weiterverfolgung der Trinkwasserenthärtungsanlage

Bedingt durch die Bürgerbefragung im Jahr 2014 werden wir Gemeinderäte oft angesprochen, wann denn jetzt mit einer Enthärtungsanlage zu rechnen sei oder ob sich der Einbau einer Entsalzungsanlage im eigenen Wohngebäude noch rechne. Da zum vorgesehenen Zeitpunkt für den möglichen Bau einer zentralen Enthärtungsanlage 2020/2021 ein neuer Bürgermeister und ein neuer Gemeinderat gewählt sind, sollte dieser Punkt unbedingt in einer Liste erfasst werden, um ihn nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

24. Räumlichkeiten für Vereine

~~25. Aufstellung aller öffentlichen Gebäude in Walzbachtal bzgl. Instandhaltung und Brandschutz~~

Dieser Bitte wurde in der Haushaltsklausur mit der Vorlage der gewünschten Liste entsprochen.

~~26. Radwege in und um Walzbachtal (Gesamtkonzept)~~

Dieser Antrag wird nach den Ausführungen der Verwaltung während der Haushaltsklausur nicht mehr gestellt.

27. Beteiligung der Gemeinde am „Tag des offenen Denkmals“

28. Umgehender Bau des Bolzplatzes beim FV Wössingen, damit er zu Beginn der Freiluftsaison 2016 beispielbar ist.

Wir sind mit dem Vorschlag der Verwaltung, diesen Punkt im Gemeinderat als gesonderten TOP zu behandeln, einverstanden.

29. Gemeinsam mit dem Gemeinderat muss eine Lösung für den Betrieb eines Jugendzentrums erarbeitet werden. Dabei ist auch eine Teilzeit-Jugendsozialarbeiterstelle auszuschreiben.

In der AVS-Sitzung am 14.07.2015 wurde kein Beschluss zu einem Jugendzentrum gefasst. Wir sind weiterhin der Auffassung, dass der Bedarf für ein solches Jugendzentrum gegeben ist. Dieser Punkt sollte bei dem Gespräch mit den Jugendlichen thematisiert werden.

30. Bau des Gehwegs an der Bruchsaler Straße

Wir sind mit dem Vorschlag der Verwaltung, diesen Punkt im Gemeinderat zu behandeln, einverstanden.

Abschließend wollen wir noch einige Anmerkungen zu Seite 41 der Stellungnahme der Gemeinde zu den von den Fraktionen eingereichten Anträgen im Rahmen der Haushaltsklausur niederschreiben.

Unser Antragspapier stellt keine Kritik an der Verwaltung und insbesondere an den dort Beschäftigten dar. Wir betonen hier ausdrücklich, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung oft überdurchschnittlich ihre Arbeitskraft für die Gemeinde einsetzen. Wir erkennen das Engagement der Beschäftigten und deren hohe Arbeitsbelastung. Wir wollen aber auch, dass bestimmte Punkte trotz der Aufgabenflut nicht in Vergessenheit geraten. Uns ist sehr wohl bewusst, dass nur wenige

Punkte bereits 2016 abgearbeitet werden können, aber die Aufstellung sollte eine mittelfristige „To-Do-Liste“ sein.

Der Vorschlag der Verwaltung, alle Fraktionsanträge in einer Liste zu erfassen, findet unsere uneingeschränkte Zustimmung. In dieser Liste können die Themen im Gemeinderat auch priorisiert und terminiert werden.

Nach den Vorschlägen der Verwaltung, mit denen wir zum größten Teil einverstanden sind, soll die Mehrzahl der Anträge im Gemeinderat als gesonderte Tagesordnungspunkte behandelt werden. Um die Beschäftigten in der Verwaltung nicht über Gebühr zu strapazieren, gehen wir davon aus, dass die Anträge über das Jahr verteilt im Gemeinderat behandelt werden. Wie oben bereits dargestellt, ist uns sehr wohl bewusst, dass viele dieser Anträge nicht in 2016 begonnen werden können.

Es ist unbestritten, dass der SPD-Antrag vom 3.11.2015 mit 30 Punkten sehr umfangreich war. Allerdings nutzt die SPD-Fraktion die Möglichkeit zur Haushaltsklausur, alle aus unserer Sicht zu klärenden bzw. zu prüfenden Punkte aufzunehmen. Dabei handelt es sich natürlich auch um Themen, die haushaltsrechtlich nicht relevant sind.

Während wir den von der Verwaltung angemerkten „Umfang“ des Antragspapiers noch verstehen, ist der SPD-Fraktion unklar, wo das Antragspapier eine unangemessene „Tonart“ aufweisen soll. Wir sind der Auffassung, wir haben die Punkte sachlich vorgetragen. Wir wollen ausdrücklich betonen, dass kein Misstrauen gegenüber der Gemeindeverwaltung oder des Bürgermeisters besteht.

Uns ist die Haushaltslage der Gemeinde bewusst. Daher sind nicht viele Anträge haushaltsrelevant. Wir versuchen auch, Lösungen für Einsparungen oder neue Einnahmemöglichkeiten vorzuschlagen, wie beispielsweise die Anträge Verkauf des gemeindeeigenen Grundstücks Bollanden, Einführung einer Pferdesteuer, Essenspreise Kinderbetreuung, Haushaltskonsolidierung oder Doppelnutzung von Räumen bei der Hausaufgabenbetreuung im Hort.

Wir haben viele Anträge mit den Worten „Bitte um Prüfung“ eingeleitet. Dabei haben wir kein bestimmtes Ergebnis vor Augen, sondern sind auch je nach Einschätzung der Verwaltung ergebnisoffen. Es sollte im Gremium über diese Punkte beraten werden, um dann für die Gemeinde das beste Ergebnis zu erzielen.

Den Vorschlag, Herrn Watteroth vom Landratsamt einzuladen, halten wir weiterhin für gut und wünschen uns, dass dieser Termin 2016 nachgeholt wird.

Für die Planung der Sitzungstermine 2016 bitten wir abschließend noch um Prüfung, ob angesichts der mangelnden Besucherresonanz und der vielen Gemeinderatstermine nicht eine Waldbegehung pro Jahr ausreichend wäre.

Mit freundlichen Grüßen

Silke Meyer Beate Müller Karin Herlan Christian Rückert Uwe Volk

Kopie an die Fraktionen der CDU, FDP und Grüne